

Rettet das Dorf!

Dörfer und Landgemeinden müssen gestärkt, statt weiter geschwächt werden

Gerhard Henkel

Wandel und Zustand der Dörfer

Der ökonomische, soziale und kulturelle Wandel der letzten Jahrzehnte hat auf dem Land zu vielfältigen Fortschritten wie auch Verlusten geführt. Hier ein sehr knappes Resümee:

Mit den dramatischen Veränderungen hat das Land durchaus viel Wertvolles gewonnen. Die technische Infra-Struktur mit Wasser-, Abwasser- und Energieversorgung ist auf einem guten Stand. Zu den positiven Entwicklungen gehören die Sport-, Musik-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, deren Unterhaltung häufig von den lokalen Vereinen geleistet wird. Durch innovative Betriebe in allen Wirtschaftsbereichen, durch Bildung und Mobilisierung ist die Bevölkerung heute wohlhabender, liberaler und weltoffener geworden. Die Moderne ist auf dem Land angekommen. Das Dorf wird grundsätzlich von seinen Bewohner/innen geliebt.

Zugleich sind die meisten Dörfer leerer geworden: an Betrieben und Arbeitsplätzen, an Schulen, Gasthöfen, Läden, Post-, Sparkassen- und Bankfilialen und neuerdings auch an Kirchen. Jugendliche wandern ab, die Älteren bleiben zurück und oft auch leerstehende Gebäude. Ein Teufelskreis von realen Verlusten und schlechter Stimmung prägt 10.000-fach das innere Dorfleben. Resignation und Wut über fehlende Unterstützung machen sich breit. Für viele Bewohner/innen und Beobachter/innen befindet sich das gegenwärtige Dorf eindeutig in einer Abwärtsbewegung. Nicht wenige sprechen von einer Existenzkrise des Dorfes.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat dieses brennende Thema aufgegriffen und in seiner Neujahrsansprache 2018 mehrere Minuten den abgehängten und resignierenden Dörfern und Landregionen gewidmet. Sein Appell richtete sich sowohl an die »untere« Ebene der Bürger/innen und Kommunen als auch an die Entscheider/innen »oben« in den Zentralen von Politik und Gesellschaft. Auf diesen beiden Ebenen entscheidet sich die Zukunft des Dorfes. Der doppelte Appell soll hier nun fortgeführt und ein wenig präzisiert werden.

Was die Kommunen und Bürger/innen tun können

Die Zukunft des Dorfes entscheidet sich zunächst vor allem durch die Arbeit der Kommunen und das Mitwirken ihrer Bürger/innen. Das Beschäftigen mit lokalen Leitbildern und Schwerpunkten ist wichtig. Jedes Dorf, jede Kleinstadt ist ein Unikat. Jedes Dorf, jede Gemeinde hat andere Werte und Potenziale, aber auch andere Defizite und Probleme. Dies bedeutet: Jedes Dorf, jede Gemeinde muss für sich herausfinden, was ihm bzw. ihr besonders wichtig ist. Die Hauptbotschaft für die Dorf- und Gemeindeebene lautet: Sowohl die Bürger/innen als auch die Kommunen müssen wachsam und engagiert sein. Sie

müssen sich ganzheitlicher und intensiver dem Gemeinwohl des Dorfes zuwenden. Bürger/innen und Kommunen müssen sich klarmachen:

Jedes – eingemeindete oder selbständige – Dorf, jede Gemeinde muss für seine/ihre Gegenwart und Zukunftsfähigkeit selbst sorgen, muss sich also (salopp gesagt) selbst retten! Im Idealfall sollten Bürger/innen und Kommunen auf Augenhöhe miteinander umgehen, um Erfolg zu haben.

Die Bürger/innen sind doppelt gefragt. Sie sollten sich möglichst zahlreich in der Kommunalpolitik engagieren. Sie müssen aber auch die Vereine aktiv gestalten und tragen, sowohl die traditionsreichen, wie Feuerwehren, Schützenvereine, Sport- und Musikvereine, als auch die neuen »Bürgervereine«, die den letzten Gasthof oder Laden »retten« oder ein ehemals kommunales Freibad übernehmen.

Die Aufgabenschwerpunkte der ländlichen Kommunen haben sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert und erweitert. Früher ging es den Bürgermeister/innen und Gemeinderät/innen hier vorwiegend um neue Bau- und Gewerbegebiete, um Wasser- und Abwasserversorgung sowie um das kommunale Wegenetz. Heute steht immer mehr die Bekämpfung und Steuerung von Schrumpfungsprozessen – mit Themen wie Leerstand, Infrastrukturverlusten, demografischem Wandel – im Vordergrund. Ein Dorfbürgermeister aus Rheinland-Pfalz brachte es kürzlich auf den Punkt: »Ein Dorfladen ist genauso wichtig wie die Kanalisation!« Zunehmend wird die innere und vor allem soziale Infrastruktur der Dörfer – wie Kinderbetreuung, Schule, Arzt, Pflege und Betreuung von Senior/innen, Kranken und Behinderten, Vereine, Einkaufs-, Gastronomie-, Kultur- und Freizeitangebote – zum harten und bestimmenden lokalen Standortfaktor. Und nach dem Sozialstaatsprinzip stehen Staat und Kommunen hier in der Verantwortung.

Ganz wichtig sind – vor allem in kleinen und mittelgroßen Dörfern – öffentliche Treffpunkte für Junge und Alte, wie z. B. im fränkischen Langenfeld in einer sanierten alten Scheune in der Ortsmitte (»Dorflinde«). Neben den Treffpunkten sind die geschaffenen Möglichkeiten des betreuten Wohnens und Alternens im Dorf wichtig, dies entspricht einem Hauptwunsch der älteren Landbewohner/innen. Das kleine und nicht übermäßig reiche Bundesland Rheinland-Pfalz unterstützt und fördert z. B. diese Möglichkeiten in kleinen und mittleren Dörfern vorbildlich.

Entmündigung und Schwächung der Dörfer und Landgemeinden durch Bund und Länder

Der Staat – in Gestalt von Bund und Ländern – ist ein wesentlicher Mitverursacher der Ohnmachtsgefühle, der vom Bundespräsidenten zitierten gereizten Stimmung und Resignation auf dem Lande. Er gibt den Dörfern und Landgemeinden zu wenig Anerkennung, finanzielle Unterstützung und gestalterische Freiräume. Das Subsidiaritätsprinzip im Staatsaufbau ist bereits weitgehend ausgehöhlt und dieser Trend setzt sich weiter fort. Dörfer und Kommunen leiden in mehrfacher Hinsicht unter der Fernsteuerung und Gängelung durch zentrale Institutionen in Politik und Gesellschaft, die der »Provinz« nicht selten in einer Mischung aus Ignoranz und Arroganz gegenüberstehen.

Ebene der Gemeinden

Spricht man mit Bürgermeister/innen, Gemeinderät/innen und Gemeindeverwaltungen oder liest kommunal-politische Publikationen, taucht immer wieder die Klage auf: »Wir können kaum noch etwas selbst gestalten.« In der ländlichen Kommunalpolitik dominiert das Gefühl der Geringschätzung und Bevormundung durch die hohe Politik. Tatsächlich beschneiden die rechtlichen, planerischen und finanziellen Reglementierungen der Landes- und Bundespolitik immer massiver das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden. Über 90 % der kommunalen Ausgaben sind durch staatliche Gesetze und Richtlinien festgelegt. Die fehlende »freie Spitze« kommunaler Finanzplanung zwingt viele Kommunen zu verstärkter Schuldenaufnahme. Die in Sonntagsreden stets hochgelobte kommunale Selbstverwaltung steht nur noch auf dem Papier. Es gibt zu viele bürokratische Vorgaben, zu viele und immer neue Hürden, zu viel Töpfchenförderung (mit ihren labyrinthischen Antrags-, Bewilligungs-, Kofinanzierungs- und Evaluationshürden) durch Bund und Länder. Kommunalpolitik ist ein permanenter und zermürbender Abnutzungskampf gegenüber den Ländern und dem Bund. Die im Staatsaufbau vorgesehene und im Grundgesetz verankerte kommunale »Selbstverantwortung« ist kaum noch eine solche, sie ist weitgehend eine Verwaltung von Aufgaben, die meist »von oben« bestimmt werden.

Ebene der Dörfer

Ganz aufgelöst wurde eine bestehende demokratische Basis des Staates in über 20 000 deutschen Dörfern und Kleinstädten: Von oben diktierte Gebietsreformen nach dem sog. Zentrale-Orte-Modell haben hier die in Jahr-hunderten aufgebaute und bewährte lokale Selbstverantwortung mit Bürgermeister/in und Gemeinderat ab-geschafft. Die Dörfer verloren ihre eigene demokratische Kraft und damit auch das Selbstwertgefühl, für ihr Dorf Kompetenz zu besitzen und verantwortlich zu sein. Sie wurden zu ohnmächtigen »Ortsteilen« in oft riesigen, willkürlich zusammengefügt Großgemeinden. Deutschlandweit wurden auf dem Land mit den Gebiets-reformen über 300 000 ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker/innen »entlassen«. Ihnen wurde vom »Staat« signalisiert: »Wir brauchen eure lokale Kompetenz, euer Denken, Fühlen und Handeln für Euer Dorf nicht mehr!« Dieses Signal war für mich der Beginn des »inneren Dorfsterbens«. Für den Neuzeithistoriker Wolfgang Reinhard war die Gebietsreform der 70er Jahre das Ende der Demokratie in Deutschland. Viele Dörfer und Kleinstädte sind bis heute durch den Verlust ihres lokalen Kraft-, Kompetenz- und Verantwortungszentrums traumatisiert.

Ein kleines Beispiel für die Entmündigung der Dörfer: Wo früher die marode Friedhofsmauer durch Bürgermeister/in und Gemeinderat in Augenschein genommen und zeitnah und kostengünstig saniert wurde, beginnt heute ein langwieriger und kostspieliger Behörden- und Aktenmarathon mit mehrfachen Bereisungen von entfernten Kommissionen, in denen kein/e ortskundige/r Dorfbürger/in mehr gefragt und gebraucht wird.

Inzwischen ist durch zahlreiche Studien belegt worden, dass Gebietsreformen keine finanziellen Einsparungen, aber verheerende demokratische und soziale Verluste verursacht haben und weiter verursachen. Durch Lang-zeitstudien wissen wir, dass selbständig gebliebene 1.000-Einwohner-Dörfer sich in Bezug auf ihre Bevölkerungs-, Infrastruktur- und Immobilienwertentwicklung besser entwickelt haben als gleich große eingemeindete Dörfer. Wir wissen heute, dass Gebietsreformen nach dem Zentrale-

Orte-Modell im Dritten Reich entwickelt und ab 1940 erstmals umgesetzt und mit dem Führerprinzip begründet worden sind. Sie atmen den Geist einer Diktatur. Und sie entsprechen nicht dem heutigen demokratischen Staatsaufbau von unten nach oben, dem immer wieder geforderten Subsidiaritätsprinzip, dem Prinzip einer von den Bürger/innen mitgetragenen Demokratie, die direkt dem Gemeinwohl in den Dörfern und Kleinstädten zugutekommt. Trotz all dieser Erkenntnisse und gewandelten Leitbilder werden Gebietsreformen weiter betrieben, wie zuletzt in Thüringen und Brandenburg. Hier sehen die betroffenen Bürger/innen und Kommunalpolitiker/innen, dass lokales Denken und Handeln in Dörfern und Kleinstädten nicht mehr gefragt ist. Das Vertrauen gegenüber dem Staat schwindet, Ohnmachtsgefühle und Wut stellen sich ein. Nicht- und Protestwähler/innen sind die Folge. Mein Fazit: Gebietsreformen haben der Mehrheit der deutschen Dörfer und Kleinstädte großen Schaden zugefügt und zugleich die demokratische Basis des Staates massiv beschädigt.

Das schlechte Ansehen der Kommunalpolitik

Die vom Staat reduzierten Befugnisse und Freiräume in den Gemeinden und Dörfern haben nicht nur dauerhaft die kommunalpolitische Arbeit erschwert. Sie haben auch generell zu einem schlechten Image der Kommunalpolitik geführt. So ist es in vielen Regionen der Republik oft schwierig, Nachwuchs für den Gemeinderat zu gewinnen, und vielerorts findet sich kein/e Bewerber/in bereit, für das Amt der Bürgermeisterin oder des Ortsvorstehers zu kandidieren. Der Trend geht dahin, dass viele für die Kommunalpolitik hochqualifizierte Bürger/innen bewusst nicht in die Kommunalpolitik gehen, sondern lieber Vorstandsämter in Schützen-, Karnevals-, Sport-, Musik- oder Kulturvereinen übernehmen, wo sie wirklich etwas bewegen können und die erfolgreiche Arbeit auch noch Spaß macht.

Die Geringschätzung der Kommunalpolitik durch die staatlichen oder überhaupt höher gelagerten Ebenen führt somit konsequent zu einer Geringschätzung bei den Bürger/innen. Gegen diese Missstände an der Basis des Staates muss dringend und nachhaltig angegangen werden. Dies erfordert ein gewaltiges Umdenken in den Zentralen der Macht in Bund und Ländern. Statt immer weiter seine zentralistischen Programme von oben nach unten durchzusteuern, sollte der Staat seine demokratische Basis »unten« respektieren, stärken und wiederbeleben. Ist er dazu von sich aus in der Lage? Mit Heimatministerien versuchen Bund und Länder derzeit, den Dörfern und Landkommunen Zuwendung zu signalisieren. Skepsis ist jedoch angebracht, ob damit tatsächlich eine Kehrtwende in der Behandlung des Landes beginnt. In einzelnen Zuschriften an mich wird nüchtern konstatiert: »Diese wird erst dann besser, wenn wir eine ganz neue »Kommunalpartei« oder »Freiherr vom Stein-Partei« hätten«. Wenn die Kommunalpolitik in den Dörfern und Kleinstädten wieder Gewicht und Befugnisse bekommt, wird auch ihr Ansehen steigen. Dann werden auch die Bürger/innen wieder mitmachen, den Staat tragen helfen und sich mit dem Gemeinwesen solidarisieren.

Warum das Dorf nicht sterben darf

Immer wieder werde ich von den Medien gebeten, zu Fragen und Thesen wie dieser Stellung zu beziehen: »Wie sinnvoll ist eine Wiederbelebung des ländlichen Raumes? Landleben ist Luxus – lasst das Dorf sterben!« Hier eine sehr knappe Antwort: Das Land – das immerhin 90% der Fläche Deutschlands ausmacht und auf dem über 50% der Bevölkerung leben – ist für Staat und Gesellschaft genauso wich-

tig wie die Großstadt. Schon ökonomisch ist das Land kein Armenhaus der Nation, über 50% der Wertschöpfung Deutschlands erfolgen hier, viele Weltmarktführer haben ihren Sitz in Dörfern und Kleinstädten. Das Land versorgt die gesamte Gesellschaft mit Lebensmitteln, mit Rohstoffen wie Wasser und Holz und erneuerbarer Energie.

Auf dem Land herrscht eine hohe Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld. Hier bieten sich bessere Chancen des gesunden Aufwachsens für Kinder und Jugendliche. Ländliche Lebensstile sind in. Es besteht eine hohe Kompetenz, lokale Aufgaben und Probleme ehrenamtlich oder genossenschaftlich anzugehen. Selbstverantwortung und »Anpackkultur« sind im Dorf tief verwurzelt. Das Land bietet hochwertige Kulturlandschaften und auch eine alternative Lebensform, die durch Natur- und Menschennähe, durch fürsorgendes Denken und Handeln geprägt ist. Daher lautet mein Appell an die Entscheider/innen in den Zentralen von Politik und Gesellschaft: Lasst das Dorf leben und seine bürgerschaftlichen Kräfte neu entfalten. Und gebt dem Staat damit zugleich seine demokratische Basis zurück.

Anmerkungen

Dieser Beitrag ist zuerst in der »Zeitschrift Ländlicher Raum« der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. (Ausgabe 3/2018) erschienen (vgl. <https://www.asg-qoe.de/zeitschrift.shtml>). Er wurde zudem bereits im eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 05/2019 vom 15. Mai 2019 veröffentlicht.

Ausführlicher zum Thema: Gerhard Henkel: [Rettet das Dorf! Was jetzt zu tun ist](#), München, dtv Sachbuch, 2. Aufl. 2018, 320 Seiten, ISBN 978-3-423-28102-7, 22,00 Euro oder als eBook: ISBN 978-3-423-43072-2, 19,99 Euro.

Autor

Prof. Dr. Gerhard Henkel, ist Humangeograph und emeritierter Professor der Universität Duisburg-Essen. Seit 50 Jahren befasst er sich mit unterschiedlichen Themen der historischen und aktuellen Entwicklung des ländlichen Raumes in Deutschland.

Kontakt

Universität Duisburg Essen
Prof. Dr. Gerhard Henkel
Schützenbahn 70
45127 Essen
Web: www.gerhardhenkel.de

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung
c/o Stiftung Mitarbeit
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 67, 53119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de